



MORSBACH

Morsbacher Rundblick

Informationen der SPD Morsbach rund um die Politik in der Gemeinde Morsbach

Sie haben am 14. Mai die Wahl:

Aswin Parkunantharan für Oberberg-Süd



„Politik bedeutet für mich in erster Linie großen Einsatz für die Gesellschaft zu zeigen, mit allen Bürgerinnen und Bürgern in den Dialog zu treten, ihre Anliegen ernst zu nehmen und umzusetzen. Kurz: Die Nähe zu den Menschen suchen und mich für sie engagieren, das ist mein Antrieb.“

Hannelore Kraft für unser schönes NRW



„Es ist eben nicht egal, wer regiert.“

Schulpolitische Herausforderungen rechtzeitig annehmen!

Nach Meinung der SPD Fraktion ist es **jetzt** an der Zeit, eine Entscheidung zur weiteren Entwicklung der Sekundarstufe in Morsbach zu treffen.

Dies **zum Einen** angesichts der geplanten Investitionsmaßnahmen am Schulzentrum in Höhe von mehr als 10 Mio. €, **zum Anderen**, weil in der Nachbarstadt Waldbröl die Entscheidung über eine Erweiterung der Gesamtschule auf sechs Züge ansteht.

Folge würde vermutlich sein, wenn der Antrag der Realschule Waldbröl durchkommt, und dies auch so von der Bezirksregierung genehmigt würde, dass noch mehr SchülerInnen aus Morsbach nach Waldbröl abwandern. Ein solches Ergebnis ist nicht im Sinn der SPD Morsbach, da damit die Gemeinschaftsschule mit Sicherheit in eine Sekundarschule überführt würde, und damit - nach unserer Auffassung absehbar - noch mehr Schüler in Bussen sitzen, was auch zu vermehrten Schülerfahrkosten führt.

Deshalb der Antrag der SPD Morsbach eine Entscheidung für die Zukunft sobald als möglich herbeizuführen, wobei kein Hehl daraus gemacht wird, dass eine Dependancelösung mit der Gesamtschule Waldbröl das Ziel mit der größten Erfolgsaussicht wäre.

Die Qual der Wahl...

...haben Verwaltung und Gemeinderat bei der Entscheidung über die im jüngsten Bauausschuss von zwei verschiedenen Investoren vorgelegten Planungen, u.a. zur Ansiedlung eines Drogeriemarktes in Morsbach (siehe auch Bericht in der OVZ). Die Analysen des aufgestellten Einzelhandelskonzeptes zei-



Die Alternativen

gen eindeutig, dass im Segment Drogerieartikel ein Angebot in Morsbach fehlt. Nun gibt es eine Variante, die einen möglichen Drogeriemarkt an der Waldbröler Straße vorsieht, neben einem vergrößerten Nettomarkt, einem größeren KIK-Markt in Verbindung mit einem Apart-Hotel (Boarding House) und zusätzlichen Ladenlokalen für weitere Dienstleistungen. Als Alternative bietet ein anderer Investor am Standort des LIDL-Marktes an der Wisseraue die Errichtung von drei Ladenflächen für einen Drogeriemarkt, einen Bekleidungsfilialisten und ein Schuhgeschäft an. Nach übereinstimmender Aussagen beider Investoren muss sich die Gemeinde Morsbach entscheiden, wo sie das erforderliche Baurecht schafft. So haben Verwaltung und Gemeinderat jetzt die Qual der Wahl. Fragen des geeignetsten Standortes, der Verkehrserschließung einschl. Anlieferungsverkehre, des Stellplatzangebotes, der architektonischen Gestaltung u.v.a.m. gilt es abzuwägen. Auf die Diskussion darf man gespannt sein.

Diskussion um die Nürsche

Ein Thema wird z.Zt. in Lichtenberg, zumindest bei einem Teil der Einwohnerinnen und Einwohner, heiß diskutiert. Soll am Ortsrand mit Blick ins Tal das teilweise im Flächennutzungsplan bereits als Wohnbaufläche ausgewiesene Areal durch Aufstellung eines Bebauungsplans und Erschließung baureif gemacht werden. Gegner und Befürworter tauschen ihre Argumente aus.

Die gemeindlichen Gremien haben sich auch schon mit dieser Frage befasst und vorbehaltlich des uneingeschränkt möglichen Grunderwerbs durch die Gemeinde oder deren gemeindeeigene Entwicklungsgesellschaft grundsätzlich grünes Licht gegeben. Dabei spielte der dargestellte vorhandene bzw. zu erwartende Wohnbauflächenbedarf die entscheidende Rolle. **Es ist aber noch nichts entschieden.** Viele offene Fragen, insbesondere hinsichtlich der Erschließung (Wasser, Abwasser, Straße) und deren Kosten, aber auch der städtebaulichen Gestalt, sind noch zu beantworten.

Ein ganz wesentlicher Punkt wird dabei der Verkaufspreis sein. Ein Engagement der Gemeinde hängt vom Bedarf und der Wirtschaftlichkeit der Entwicklungsmaßnahme ab, meint die SPD Fraktion.

Warum der Staat jetzt mehr investieren muss

Der Staatshaushalt weist Überschüsse aus, und das führt zu der Frage: Was soll mit dem Geld geschehen? Eine Senkung der Einkommensteuer nutzt nur den wenigen Gutverdienern, Investitionen in Infrastruktur und Bildung nutzen allen: den Bürgern, der Wirtschaft und dem Staat. Unsere Infrastruktur (Schulen, Straßen, Brücken usw.) verfällt, weil seit mehr als anderthalb Jahrzehnten zu wenig in die Infrastruktur investiert als durch Gebrauch abgenutzt wurde. Der zu erwartende Wachstumsimpuls aus den öffentlichen Investitionen verbessert zudem die Tragfähigkeit der öffentlichen Schulden.

Die SPD fordert: Deutschland braucht ein Einwanderungsgesetz

In den nächsten zehn Jahren verliert Deutschland mehr als sechs Millionen Erwerbstätige. Sinkende Geburtenraten und eine alternde Bevölkerung stellen die Wirtschaft und die Sozialsysteme vor enorme Herausforderungen. Deutschland wird auf die Einwanderung von Fachkräften aus dem Ausland - auch von außerhalb der EU - angewiesen sein!

Ein transparentes Punktesystem, in Anlehnung an das kanadische System, soll für Menschen aus Nicht-EU-Ländern, die zum Zweck der Erwerbstätigkeit nach Deutschland einwandern wollen, die Einreise regeln. Wer die erforderliche Punktzahl in den Kriterien:

Qualifikation, Sprachkenntnisse, Arbeitsplatzangebot, Lebensalter und Integrationsaspekte (Berufserfahrung oder Verwandtschaft in Deutschland) erreicht, bekommt einen entsprechenden Ranglistenplatz in einem Internetportal des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Wer genug Punkte erzielt, erhält eine auf ein Jahr befristete Aufenthaltserlaubnis zur Arbeitsplatzsuche. Wer sofort eine Beschäftigung aufgrund eines Jobangebotes hat, bekommt eine Arbeitserlaubnis für drei Jahre mit Option auf Verlängerung. Eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis ist erst nach drei Jahren möglich. Ist doch ein faires Angebot und Verfahren, oder?

Zusammengefasst: Der politische Streit um eine Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen verstellt den Blick auf eine maßgebliche wirtschaftliche Entwicklung: Deutschland braucht in den kommenden Jahren erhebliche Zuwanderung, weil sonst die Zahl der Erwerbspersonen drastisch zurückgehen würde. Dass Zuwanderung aus Weltregionen wie etwa Indien, Pakistan und Afrika erfolgen müsste, stellt die Integrationsfähigkeit Deutschlands vor enorme Aufgaben, finanziell und kulturell.

(Wenn der Mensch nicht über das nachdenkt, was in ferner Zukunft liegt, wird er das schon in naher Zukunft bereuen)

Konfuzius



Frohe Ostern
wünscht die SPD Morsbach

Mehr Informationen erhalten Sie unter
www.spd-morsbach.de